

Aus Vorstand und Geschäftsstelle**Christa Reetz wird 85 Jahre**

Der BBU-Vorstand wünscht ihr zum 85. Geburtstag noch viele gesunde Jahre mit Elan für den Umweltschutz, aber auch für die nötige Muße und Erholung, um die zu schützende Natur genießen zu können.

Am 16. November feiert Christa Reetz in Offenburg ihren 85. Geburtstag. Dieser Tag ist für den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ein besonderer Anlass, um ihr für die jahrzehntelange ehrenamtliche Tätigkeit in der Umwelt- und Friedensbewegung ganz herzlich zu danken. Bereits in der Nachkriegszeit war Christa Reetz engagierte Gegnerin der Bundeswehr-Gründung und deren Eingliederung in die Nato. In den 70er Jahren setzte sie sich gegen den Bau des Atomkraftwerks Wyhl ein, das letztlich nicht gebaut wurde. Seit dieser Zeit ist sie auch aktiv im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Als sie von 1985 bis 1995 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes war, erweiterte sie das Aktionsspektrum des BBU, der sich im Widerstand gegen Atomanlagen einen Namen

gemacht hatte, um weitere umweltpolitisch relevante Bereiche. So ist es vor allem Christa Reetz zu verdanken, dass die Gefahren durch Giftmülldeponien und Müllverbrennungsanlagen in der Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen wurden. In der Folge ihrer Aktivitäten



gründeten sich zahlreiche lokale Bürgerinitiativen, die sich mit diesem Themenkomplex beschäftigten.

Mit ihrem Ausscheiden aus dem Geschäftsführenden Vorstand des BBU 1995 wandte sie sich aber nicht den Zielen des BBU ab. Sie leistet noch heute hervorragende Öffentlichkeitsarbeit. Es ist ihr und ihren Informationsständen zu verdanken, dass der BBU auf fast allen großen Umweltmessen, aber auch Kirchentagen, zu einer "festen Institution" geworden ist.

Ein besonderes Anliegen ist es ihr schon immer gewesen dem Bürger aufzuzeigen, welche Möglichkeiten er besitzt für eine saubere atomenergiefreie Umwelt eintreten zu können. So ist auch die Unterstützung der Stromwechselkampagne des BBU ständiger Bestandteil ihrer Arbeit.

Ihr Humor, ihr Optimismus, aber auch ihre Bescheidenheit, gepaart mit idealistischer Standfestigkeit, prägen das Handeln von Christa Reetz. Über allem steht das gemeinsame Ziel: Schutz und Erhalt unserer Umwelt und Verhinderung der Atomenergie in Verantwortung für unsere Kinder und Enkel!

[Siehe auch die Presseerklärung vom BBU](#)

Das Bild zeigt Christa auf dem Kirchentag in Köln 2007

Impressum:

Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn.

Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33

Email: bbu-newsletter@bbu-bonn.de.

Homepage: [www. BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)

Redaktion: Udo Buchholz (UB),

Mitglied des Geschäftsführenden Vorstand,

Layout: Susanne Bareiß-Gülzow

Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich.

Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden bevorzugt veröffentlicht.

Normung

Was ist ein Risiko?

Im Jahr 2005 wurde beim DIN-Normenausschuss Sicherheitstechnische Grundsätze (NASG) der Arbeitsausschuss NA 095-04-02 AA „Grundlagen des Risikomanagements“ gegründet. Ihm gehören jeweils ein Vertreter des BBU und des BUND an.

Die Arbeit des Ausschusses erstreckt sich auf die nationale Begleitung der bei der Internationalen Normungsorganisation ISO angesiedelten Arbeitsgruppe ISO/TMB/WG „Risk Management“. Es werden insbesondere nationale Positionen zu dem neuen Normungsvorhaben ISO 31000 „General Guidelines for Principles and Implementation of Risk Management“ und zur Überarbeitung des ISO/IEC Guides 73 „Risk Management – Vocabulary – Guidelines for use in standards“ formuliert.

Die Norm ISO 31000 soll den Umgang mit allen Arten von Risiken in gleicher Weise regeln. Dies soll übergreifend und unabhängig davon erfolgen, ob es sich um finanzielle, ökologische, gesundheitliche oder sonstige Arten von Risiken handelt.

Der ISO/IEC Guide 73 definiert die grundlegenden Begriffe, die im Rahmen des Risikomanagements Anwendung finden sollen, neu. Dazu gehört auch der inzwischen umstrittene Begriff des Risikos.

Die Umweltverbände stehen der Entwicklung der ISO-Norm und des ISO/IEC-Guides kritisch gegenüber. Exemplarisch sind folgende Probleme und Anforderungen aus Sicht des Umweltschutzes zu erwähnen:

- Eine deckungsgleiche Behandlung aller Risiken würde die spezifischen Anforderungen an das Management von Risiken aus dem Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich nicht angemessen berücksichtigen. Eine neue Norm muss die Risiken aus diesen speziellen Themenfeldern entweder explizit berücksichtigen (z.B. durch einen Verweis auf themenspezifische Normen) oder klarstellen, dass sie auf diese Bereiche nicht anwendbar ist.

- Eine Abwägung der Risiken aus dem Bereich Gesundheit, Sicherheit und Umwelt mit Risiken aus dem ökonomischen Bereich muss durch entsprechende Formulierungen im Normtext ausgeschlossen werden. Es ist abzusehen, dass sonst regelmäßig die ökonomischen Interessen überwiegen würden.

Sollte die Norm ISO 31000 diesen Anforderungen nicht genügen, wäre zukünftig insbesondere mit einer Reduktion bestehender Anforderungen im Bereich des technischen Umweltschutzes zu rechnen.

Oliver Kalusch, Mitglied der BBU-AG „Umweltmanagement und Normung“

Der Jahresbericht 2006 des NASG mit einer Darstellung des Arbeitsausschusses NA 095-04-02 AA Grundlagen des Risikomanagements kann heruntergeladen werden unter:

http://www.nasg.din.de/sixcms_upload/media/2660/Jahresbericht_2006_NASG.pdf

BBU AG „Umweltmanagement und Normung“

In der Arbeitsgruppe findet ein Informationsaustausch der BBU-VertreterInnen, die in verschiedenen Normenausschüssen des Deutschen Institutes für Normung (DIN) und der Deutschen Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik (DKE) aktiv sind, statt. Die Mitarbeit konzentriert sich auf Normungsgremien mit umweltrelevantem Bezug. Es soll erreicht werden, dass Umweltaspekte in der Normung berücksichtigt und dadurch Verbesserungen im betrieblichen Umweltschutz erreicht werden. Außerdem koordiniert die AG die Arbeit der BBU-VertreterInnen in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen.

Kontakt zur AG kann über die BBU-Geschäftsstelle aufgenommen werden.

Weitere Infos zur Normung

<http://www.bund.net/lab/reddot2/5771.htm>

Energie

28.11.: Infoabend über Urantransporte in Köln

Die Initiative „Kölner Gegenstrom gegen Atomanlagen“ veranstaltet am 28. November in Köln einen Informationsabend über Uranhexafluorid-Transporte (UF₆), die auch durch Köln und das Rheinland rollen. In der Einladung heißt es: „Uranhexafluorid-Transporte (UF₆) sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Betrieb von Atomkraftwerken. Jahrelang konzentrierte sich der Protest der AntiAtomBewegung auf das Ende der Atomspirale – die CASTOR Atommülltransporte. Es ist Zeit für einen neuen Schritt. Erläutert wird die Kette von der Mine bis zum AKW. Außerdem geben wir einen Überblick über konkrete Protest- und Widerstandsformen. Urantransporte (UF₆) verhindern!“ *Die Veranstaltung beginnt um 20.00 Uhr im Infoladen Köln (Keller), Ludolf-Camphausen-Str. 36 (Bahnhof West / Hans-Böckler-Platz). Kontakt und weitere Informationen:*

Kölner Gegenstrom gegen Atomanlagen

c/o Gesundheitsladen Venloerstr.46 50672 Köln,

www.koelnergegenstrom.de.vu,

koelnergegenstrom@web.de

Energiefressende Heizpilze

(U.B.) Heizpilze vor Gaststätten sind enorme Energiefresser und bereits in mehreren Städten haben Diskussionen über ein Heizpilzverbot begonnen: „Dabei nützt so ein Heizpilz sicher den Menschen in seiner Nähe, nicht aber der Umwelt. Bei einer durchschnittlichen Aktivität von 36 Stunden pro Woche erzeugt er soviel Kohlendioxid wie ein Mittelklassewagen im Jahr. Seit in Berlin die Grünen ein Verbot gefordert haben, tobt nun der Streit quer durch die Republik. Der Heizpilz als Klimakiller: das Thema wird noch den Bundestag beschäftigen.“ (siehe hierzu auch unter der Quelle: <http://www.karlsruhe/news.php4?show=pnd2007116-87J>). Es könnte nicht schaden, wenn sich auch BBU-Mitglieder in die Debatte vor Ort in den Kommunen einbringen würden.

Selbstverbrennung: Hartmut Gründler 30 Jahre tot

Am 16. November 1977 verbrannte sich der Atomkraftgegner Hartmut Gründler in Hamburg. Er starb am 21. November 1977 an seinen Verletzungen. Hartmut Gründler war ein im Umweltschutz engagierter Tübinger Lehrer, der sich - aus Protest gegen die Atompolitik der damaligen Bundesregierung selbst verbrannte. An einer Gedenkveranstaltung nach der Beerdigung nahmen u. a. neben Robert Jungk auch Vertreter des BBU teil.

(http://de.wikipedia.org/wiki/Hartmut_Gründler).

Am 17.11.07 findet in Tübingen im Adolf-Schlatter-Haus, Österbergstr. 4, eine Gedenkveranstaltung statt. Beginn ist um 15.00 Uhr. Einer der Gedenkvorträge wird von Roland Vogt gehalten, Ex-MdB der Grünen und früheres Vorstandsmitglied des BBU. Infos, Programm und Anmeldungen: Wilfried Hüfler, 07127972353.

8.12.: Globaler Klimaaktionstag



Den Globalen Klimaaktionstag gibt es seit 2005, er wurde anlässlich der Klimaverhandlungen in Montreal ins Leben gerufen. In diesem Jahr findet er zum 3. Mal statt, zur gleichen Zeit tagt die UN-Klimakonferenz in Bali/Indonesien.

Infos unter www.globalclimatecampaign.org. Für die Bundesrepublik werden zwei Hauptdemonstrationen vorbereitet: In Berlin (Regierungssitz) und Neurath bei Düsseldorf. Das Braunkohlekraftwerk Neurath steht als Symbol für eine verfehlte Energiepolitik. Weitere regionale Aktivitäten sind in Planung.

Informationen unter

<http://www.die-klima-allianz.de/aktionsseite.php>

Energie

BBU gegen Atomtransport

(U.B.): Der BBU hatte im Vorfeld des für Ende Oktober geplanten Atomtransports vom stillgelegten Atomkraftwerk Rheinsberg in das so genannte „Zwischenlager Nord“ in Greifswald-Lubmin den Transport abgelehnt. Gleichzeitig hatte der BBU zur Unterstützung der von verschiedenen Initiativen angekündigten Proteste aufgerufen. Bei dem Transport wurde der radioaktiv belastete Reaktordruckbehälter mit einem Spezialwaggon per Bahn in das rund 130 Kilometer entfernte Atommülllager transportiert. Im Vorfeld und während des Transportes gab es verschiedene Protestaktionen.

Dieser Atommülltransport verdeutlichte erneut, dass es keine Lösung für das immer drängendere Atommüllproblem gibt. Der Atommüll wird lediglich in immer anderen Formen und Zusammensetzungen von einem Standort zum anderen verschoben. Es gilt weiterhin: Nur mit der sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen kann das Anwachsen der Atommüllberge gestoppt werden.

Nach dem Transport berichtete die „Welt Online“: Eine Woche nach dem Spezialtransport der Reaktorhülle von Rheinsberg nach Lubmin (Ostvorpommern) müssen 16 Blockierer mit Ordnungsstrafen rechnen. In Brandenburg werde ein Verwarngeld von etwa 25 Euro pro Person erhoben, in Vorpommern werde noch geprüft, inwieweit ein Verstoß gegen das Versammlungsrecht geahndet wird, sagten Sprecher der Bundes- und Landespolizeien am Mittwoch der dpa. Zwölf Atomkraftgegner hatten sich nachts kurz vor Lubmin auf Gleise gesetzt und den Zug aufgehalten, vier Protestierer hatten den Transport des radioaktiven Reaktordruckgefäßes aus dem stillgelegten Kernkraftwerk Rheinsberg bei Dierberg kurz gestoppt.“

(<http://newsticker.welt.de/index.php?channel=beb&module=dpa&id=16082354>). Weitere Informationen gibt es im Internet auf der Webseite:

www.contrAtom.de/rheinsberg.

25.11.: Abschalt-Kundgebung am AKW Neckarwestheim

Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke, vertuschen von Störfällen, Neubau von Kohlekraftwerken, weiter mit fossilen Großkraftwerken CO² in die Umwelt pusten und die Flüsse aufheizen, noch mehr hochradioaktiven Atomabfall für Jahrtausende hinterlassen - dies wollen alle vier großen

Energiekonzerne in Deutschland. Statt abzuschalten hat die EnBW für das GKN 1 in Neckarwestheim gar einen Antrag auf eine Laufzeitverlängerung bis zum Jahr 2017 (!) gestellt. Das Einzige was der sog. Atomkonsens aus dem Jahr 2000 gebracht hat, ist der anti-akw-Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen, da viele auf den "automatischen Atomausstieg" warten.

Tatsache ist jedoch, dass seit dem Jahr 2000 außer den beiden Uralt-Klein-Atomkraftwerken in Obrigheim und Stade noch kein einziges relevantes Atomkraftwerk abgeschaltet worden ist. Atomausstieg ade. Dagegen haben wir was.

Wir halten auch nichts von "guten neuen" Atomkraftwerken. Deshalb Neckarwestheim abschalten - beide Blöcke! Wird Zeit, dass wir mal wieder ein Zeichen setzen. Abschalt-Kundgebung am AKW Neckarwestheim, Sonntag, 25.11.07 um 13 Uhr. Weitersagen und kommen.

Infos auf unserer homepage:

<http://neckarwestheim.antiatom.net>.

(E-Mail des Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim vom 8.11.2007, Info-Tel.: 07141 / 903363).

BBU-Pressemitteilung zum Thema	
29.10.	BBU gegen Atomtransport von Rheinsberg nach Greifswald-Lubmin
29.10.	Castor-Widerstand vor Gericht BBU solidarisiert sich mit französischer Atomkraftgegnerin

Wasser

Mehr ökologischer Landbau nötig

In diesem Jahr untersuchte der VSR-Gewässerschutz über 2500 Grundwasserproben im deutschen Einzugsgebiet von Nord- und Ostsee. Hierbei stellten die Gewässerschützer belastete Bereiche fest. In einem Viertel der untersuchten Proben lag die Nitratkonzentration oberhalb von 50 Milligramm pro Liter (mg/l).

Nicht nur die hohen Belastungen im Grundwasser durch klassisch arbeitende landwirtschaftliche Betriebe, sondern auch die steigende Nachfrage der Bürger nach ökologisch produzierten Produkten verlangt eine Ausweitung der Anbaufläche. So hätte das Wachstum der Versorgung der Bevölkerung mit Öko-Lebensmitteln nach Angaben von SÖL 2006 deutlich höher ausfallen können, wenn nicht zunehmende Versorgungsengpässe die Entwicklung gebremst hätten.

Das in den letzten drei Jahren steigende Interesse der Bürger nach Öko-Lebensmitteln hat sich bislang nicht auf die Bereitschaft einer steigenden Zahl deutscher Landwirte ausgewirkt, ihre Betriebe auf den Öko-Landbau umzustellen. Offensichtlich üben die staatlichen Abnahme- und Preisgarantien auf die Landwirte eine höhere Anziehungskraft für Investitionen aus als die Nachfrage der Verbraucher nach Öko-Lebensmitteln. Die Beschaffung von Öko-Lebensmitteln wird daher 2007/2008 das beherrschende Thema im Handel mit Öko-Lebensmitteln bleiben, denn ein Ende des deutschen "Bio-Booms" ist nicht in Sicht.

Harald Gülzow

weitere Infos

http://www.soel.de/oekolandbau/deutschland_ueber.html#4_2

<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/no3.html>

PFT-Belastung in Ruhr und Alz

Auch ein Jahr nachdem bekannt wurde, dass in den zwei Flüssen Ruhr und Alz hohe Mengen Perfluorierte Tenside (PFT) gefunden wurden, wurden die Ursachen der Belastung noch nicht wesentlich behoben. Besonders kritisch ist, dass in beiden Gebieten auch Trinkwasser betroffen ist.

PFT ist in zahlreichen Produkten wie z.B. Teflon und Gortex enthalten, wird aber als Hilfsstoff in Produktionsprozessen eingesetzt.

An der Ruhr werden die 12 Firmen, die PFT-haltige Abwässer einleiten geheim gehalten. Anstatt die Möglichkeiten des Landeswassergesetzes auszuschöpfen und die Einleitung von PFT zu verbieten, setzt man in NRW auf freiwillige Vereinbarungen mit diesen Firmen den Stoff im Abwasser zu reduzieren.

Dagegen kennt man an der Alz den Verursacher – den Chemiapark Gendorf, seit 1997 sogar EMAS-zertifiziert. Die Firma Dyneon ist für das stark mit PFT belastete Abwasser verantwortlich. Einer von Greenpeace Ende 2006 veröffentlichten Artikel ist zu entnehmen, dass diese Firma wusste mit was für gefährlichen Stoffen hier umgegangen wird die auch ins Abwasser gelangen können. Dyneon ist eine Tochterfirma des US-Chemiekonzerns 3M, der bis 2002 Marktführer für Perfluorverbindungen war. Nachdem die gesundheitsschädlichen Auswirkungen von PFOA auf Werksarbeiter bekannt wurde, stieg 3M in der USA aus der Herstellung aus. Dyneon in Gendorf produziert weiterhin. Seit der Aktion von Greenpeace vor dem Chemiapark arbeitete Dyneon mit Nachdruck an einem Ersatzstoff, der nun sogar früher wie geplant eingesetzt werden kann.

Susanne Bareiß-Gülzow

weitere Infos:

<http://www.gendorf.de/index.php?id=141>

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/umweltgifte/greenpeace_brief_gendorf-behoerden.pdf

http://www.wdr.de/themen/gesundheit/2/pft_ruhr/0710_05.jhtml

BBU-Pressemitteilung zum Thema

[13.11.](#) BBU fordert: Umweltministerium muss PFT-Einleitungen untersagen

Energie – Verkehr – Gesundheit

Punktsieg für Windenergie

Immer wieder beschäftigen Windkraftanlagen die Gerichte. Das OVG Berlin-Brandenburg hat jetzt zunächst, bedingt durch einen Formfehler im Genehmigungsverfahren, grünes Licht pro Windkraft erteilt. In der Märkischen Allgemeinen heißt es dazu am 8.11.: „In der Nähe des Treuenbrietzener Ortsteiles Marzahna könnten womöglich nun doch noch weitere Windkraftanlagen gebaut werden. Hintergrund ist die Tatsache, dass vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (OVG) jetzt der Sachliche Teilplan "Windenergienutzung" für die Region Havelland-Fläming für unwirksam erklärt worden ist. Das Urteil ist bisher allerdings nicht rechtskräftig. Gegen den Plan, der in der Region auf Flächen von insgesamt 7700 Hektar 13 Vorranggebiete für die Ansiedlung von Windkraftanlagen ausweist, hatten unter anderem die Gemeinden Brieselang und Wustermark, die Verwertungsgesellschaft der Liegenschaften der Berliner Stadtgüter sowie die Firma Enertrag als Betreiber von Windenergieanlagen geklagt. (...).Das Gericht stellte fest, dass sowohl Beteiligungs- als auch Genehmigungsverfahren mit einer anderen, älteren Kartengrundlage durchgeführt worden waren, während die bekannt gemachte und damit rechtswirksame Fassung auf einem neuen Kartenausschnitt erfolgt sei.“ Der ganze Artikel steht im Internet unter

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11060187/60889>.

Bußgeldreduzierungen sind ein falsches Signal

Der Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. macht darauf aufmerksam, dass das Bundesverkehrsministerium zum 1. Januar 2008 neben den geplanten Erhöhungen der Sanktionen für "Raser und Dränger" die im Bußgeldkatalog enthaltenen Regelsätze für Verstöße gegenüber Fußgängern, Radfahrern und öffentlichen Verkehrsmitteln weiterhin niedrig halten oder sogar senken will.

Das Bundesverkehrsministerium begründet die geplante Änderung des Bußgeldkataloges damit, dass zur Durchsetzung der StVO nur zwei Maßnahmen zur Verfügung stehen: eine Intensivierung der Verkehrsüberwachung und die Erhöhung der Geldstrafen. Deshalb bezeichnet es der FUSS e.V. als unverständlich, Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen mit deutlich höheren Bußgeldern zu belegen, als die Behinderung oder gar Gefährdung von Menschen zu Fuß oder mit dem Rad. Nach Auffassung des Bundesgeschäftsführers Bernd Herzog-Schlagk ist der vom Ministerium vorgelegte Entwurf "ein falsches Signal an autofahrende Bürger und auch an die Ordnungskräfte der Kommunen, durch Preisnachlässe Vergehen gegen Fußgänger noch stärker zu verharmlosen als es bisher schon der Fall ist."

gekürzte PM des FUSS e. V. vom 24.10.07; weitere Informationen unter www.fuss-ev.de

Gesundheitsgefahr Drucktoner: Grenzwerte deutlich überschritten

Die Interessengemeinschaft Toner geschädigter im BBU (ITG) warnt schon lange vor den Gefahren, die von Tonerstäuben ausgehen (<http://www.krank-durch-toner.de>). Eine Studie, die im Auftrag eines Drucker-Toner-Herstellers erarbeitet wurde, untermauert jetzt die Bedenken. In einer Pressemitteilung des Auftraggebers heißt es hierzu: „Schon lange sind die Gefahren von giftigen Drucktonern bekannt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass für einen hohen Anteil vor allem der Büronutzer die potentielle Gefahr für die Gesundheit im Vordergrund bei der Anschaffung neuer Drucker hat. Laut einer Kurzstudie des Elite News Instituts unter 50 Fach- und Führungskräften der IT-Industrie spielt für 60 Prozent der Befragten der Gesundheitsaspekt eine wesentliche Rolle. Die Studie, durchgeführt im Auftrag des Druckerherstellers Samsung, brachte vor allem bei den beliebten Arbeitsplatzdruckern das Besorgnispotential zum Ausdruck. Über 70 Prozent der befragten Druckernutzer sehen sich hier einer potentiellen Gefahr ausgesetzt.“ Der gesamte Wortlaut der Pressemitteilung steht im Internet unter <http://www.pressebox.de/pressemeldungen/samsung-electronics-gmbh/boxid-133873.html>.